



Volkswagen setzt ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit: Landesbeauftragte Doris Schröder-Köpf begrüßt das konsequente Vorgehen des Konzerns

„Volkswagen zeigt mit der Erweiterung seiner Betriebsvereinbarung Haltung und setzt ein eindeutiges Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung. Es ist richtig und wichtig, dass Unternehmen auf eine besorgniserregende Zunahme von rechtsextremen Äußerungen und Symbolen reagieren. Ich würde es sehr begrüßen, wenn weitere Unternehmen diesem Beispiel folgen und sich damit klar zu unserer vielfältigen Gesellschaft bekennen“, so Doris Schröder-Köpf, Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe.

Hintergrund

Der Volkswagen Konzern reagiert auf eine Zunahme fremdenfeindlicher Symbole und Äußerungen in der Belegschaft mit einer überarbeiteten Betriebsvereinbarung. Die Vereinbarung besagt nun, dass Äußerungen, Verhaltensweisen und Symbole, die fremdenfeindlich, extremistisch, antisemitisch oder auf andere Weise menschenverachtend seien, klar gegen die Grundsätze des Konzerns verstießen. Verstöße können fortan mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen geahndet werden, die von einer Abmahnung bis hin zu einer fristlosen Kündigung reichen.